

## **Gewerkschaften**

Gemäß Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes ist das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, für jedermann und für alle Berufe gewährleistet.

Die Gewerkschaften sind Vereinigungen der abhängig Beschäftigten die ihre gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen vertreten. Über die Aushandlung von Tarifverträgen haben sie wesentlichen Einfluss auf die Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den Betrieben und die Größe des Anteils der Beschäftigten am gesellschaftlichen Reichtum. Darüber hinaus üben sie auch u.a. über ihre Dachverbände ( so der DGB und der DBB als die bedeutendsten) politischen Einfluss aus.

Wie gut das gelingt, hängt nicht unwesentlich von der Größe und Kampfkraft der Gewerkschaften ab.

Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems und durch die ungehemmte Entwicklung des marktradikalen Kapitalismus haben sich auch die Bedingungen für die Gewerkschaften wesentlich verändert. Sie sind u.a. durch Tariffucht, Zerfall von Arbeitgeberverbänden, Abbau gewerkschaftlicher Rechte und politischen Druck in Form von Diffamierung gekennzeichnet.

Verbunden ist diese Entwicklung mit einem enormen Mitgliederverlust von z.B. über 7 Millionen Mitgliedern allein bei den DGB-Mitgliedsgewerkschaften. Die Gründe dafür sind vielschichtig.

Einer dürfte darin liegen, dass es den Gewerkschaften immer schwerer viel soziale Errungenschaften zu verteidigen, geschweige denn diese auszubauen. Sie befinden sich in einem permanenten Abwehrkampf gegen den neoliberalen Mainstream, den sie allerdings mit unterschiedlicher Intensität führen. So war der ungenügende Widerstand gegen die Agenda 2010 von Gerhard Schröder nicht gerade ein high light gewerkschaftlicher Interessenvertretung.

Optimistisch stimmen dagegen die in letzter Zeit auch wieder mit den Mitteln des Streiks geführten Tarifkämpfe.

Für die Linkspartei sind die Gewerkschaften mit die wichtigsten Partner, wenn es um die Gestaltung einer gerechteren, sozialeren und demokratischeren Gesellschaft und die Verbindung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit geht. Da die hergebrachten Kampfformen offensichtlich nicht mehr ausreichen um die Regierenden zu bewegen eine Politik im Interesse der Mehrheit ihrer Wähler zu machen, tritt die Linkspartei für den politischen Streik einschließlich des Rechts auf Generalstreik ein.

Darüber hinaus kommt es für uns darauf an eine Politik zu vertreten und dort wo möglich auch um zu setzten, die es den Gewerkschaften ermöglicht auch wieder Erfolge zu erzielen.

Anknüpfungspunkte dafür gibt es viele. So haben wir z.B. mit dem DGB viele übereinstimmende bundespolitische Forderungen und Themen, wie die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, die Verteidigung gewerkschaftlicher Errungenschaften wie den Kündigungsschutz und die Mitbestimmung, die Schaffung eines öffentlichen/ öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, uns eint die Kritik an der Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung und an der Rente mit 67 und wir treten

für eine Stärkung der Binnenkaufkraft sowie für eine andere Finanz- und Steuerpolitik ein.

Zu den mittel- und längerfristigen Perspektiven des Landes Brandenburg haben wir ebenfalls erhebliche inhaltliche Schnittmengen. So vertreten wir ähnliche Positionen in den Bereichen Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik für das Land Brandenburg. Auch zur Forderung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen des Landes und zu einem Brandenburg als europäische Region bekennen sich die Leitbilder des DGB-Bezirksvorstandes und das der Fraktion.

Bei anderen Themen werden wir die weitere Zusammenarbeit und die Diskussion vertiefen. Dazu zählen Fragen der Öffentlichen Daseinsvorsorge und die Gestaltung der künftigen Wirtschaftsförderung im Land.

Gemeinsam wollen wir mit dem DGB die Volksinitiative für ein Sozialticket im Land Brandenburg zu einem Erfolg führen, den Kampf für einen gesetzlichen Mindestlohn weiter unterstützen und im Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit unsere Aktivitäten auch in Zukunft koordinieren.